

Grundstücksspekulation und weitere Flächenversiegelung verhindern! Für den Ankauf des ATB-Geländes durch die öffentliche Hand

Mit 30. Juni haben die letzten ProduktionsmitarbeiterInnen der ATB in Spielberg das Werk verlassen. Damit geht das letzte traurige Kapitel des Elektromotorenherstellungsbetriebs im Aichfeld zu Ende. Rund 400 Menschen haben ihre Arbeit verloren. Für viele ein schwerer Schicksalsschlag. Nachdem die Arbeitsplätze nicht gerettet wurden, stellt sich nun die Frage, was mit den Hallen und dem Betriebsgelände geschieht.



Mehr als tausend Menschen haben gegen die Schließung der ATB demonstriert.

Die KPÖ hat die Idee eingebracht, das Land Steiermark solle das ATB-Gelände ankaufen. Wir haben hat im Gemeinderat folgenden Antrag gestellt:

1. Die Gemeinde wird an das Land Steiermark mit dem Vorschlag herantreten das nun zum Verkauf stehende Werksgelände der ATB zu erwerben, um Spekulation mit dem Objekt zu verhindern.
2. Bis das ATB-Gelände wieder vollständig genutzt wird, darf in Spielberg kein weiteres Grünland für Industrie- bzw. Gewerbeanlagen versiegelt werden. In diesem Sinne wird der zuständige Ausschuss beauftragt Lösungen zu finden.

Der Bürgermeister Manfred Lenger und LAbg. Wolfgang Moitzi erklärten, dass derzeit kein Handlungsbedarf bestehe, weil das Werk noch nicht zum Verkauf stehe. Man habe schon vor Monaten mit dem Land Kontakt aufgenommen, aber die ATB habe kein Verkaufsinteresse. Die Idee des Antrags sei richtig, er komme aber zu früh. Dem Antrag wurde von SPÖ

und ÖVP keine Dringlichkeit zuerkannt, er kam daher nicht auf die Tagesordnung.

Verkaufsabsicht bestätigt

Daraufhin haben wir nachgefragt. Es wurde uns seitens der ATB-Geschäftsführung bestätigt, dass der Beschluss zum Verkauf bereits im Aufsichtsrat gefallen sei. Das Objekt sei einem Makler übergeben, es hätten sich bereits Interessenten gemeldet. Von einer Anfrage des Landes Steiermark sei nichts bekannt.

Das Areal steht also zum Verkauf. Im Gemeinderat wurde berichtet, dass der Aufsichtsrat noch keinen Verkauf beschlossen hätte. Die SPÖ ist mit Christoph Matznetter im Aufsichtsrat vertreten. Wie passt das zusammen?

Jetzt ist es Zeit zu handeln!

Wir meinen es wäre unverantwortlich weiteren Boden zu versiegeln, wenn gleichzeitig 10 Hektar Betriebsgelände leer stehen. Darum müssen wir uns **jetzt** dafür einsetzen, dass das Land das Betriebsgelände übernimmt und nicht warten bis es zu spät ist und das Werk einem Spekulanten gehört! Die KPÖ hat dazu auch im Landtag einen Antrag eingebracht.

Um die Schließung der ATB zu verhindern hat die KPÖ im Vorjahr die Übernahme des Werks durch die öffentliche Hand gefordert und ein Konzept dafür ausgearbeitet. Dieser Weg wurde nicht unterstützt. Für das ATB-Werk ist es zu spät, nun sollte wenigstens das ATB-Gelände gesichert werden.



GR Erich Wilding und Bürgermeister Manfred Lenger bei der Demonstration gegen die Schließung der ATB.

Fasanweg: Zugebaut, wenn nichts mehr so ist wie es vorher war

Der Bau von Gewerbe- und Industrieanlagen hat oft gravierenden Einfluss auf die AnrainerInnen. Beim Fasanweg wurde fast direkt an ein Einfamilienhaus herangebaut. Die BewohnerInnen sehen statt auf die Berge nur mehr Industriehallen.

KPÖ-Gemeinderat Erich Wilding wurde in den Fasanweg eingeladen um sich die dortige Situation anzusehen. Dort hat der Zubau von Hallen alles verändert. Dabei geht es nicht nur um die Aussicht. Durch die Hallenwände wird der Schall reflektiert und verstärkt. Dadurch hat sich die die Lärmsituation deutlich zum Schlechteren verändert.



Durch den Bau von Hallen verschlechterte sich die Lebensqualität dramatisch

Oft werden die Auswirkungen von Zubauten erst im Nachhinein deutlich. Wir haben diesen Fall im Gemeinderat vorgebracht. Wir haben vorgeschlagen, dass künftig zwischen Wohn- und Gewerbegebiet ein Schutzstreifen eingeplant werden soll. Auch die Ausstattung von Gebäuden mit schallreduzierenden Oberflächen sollte Standard sein.

Der Bürgermeister antwortete, die Widmungen seien schon lange bekannt. Wenn ein Nachbargrundstück als Gewerbegebiet gewidmet sei, ist es eine Frage der Zeit dass etwas gebaut wird. Bauwerber hätten auf gewidmeten Grundstücken das Recht zu bauen. Wenn das Baurecht eingehalten wird könne die Gemeinde nichts machen.

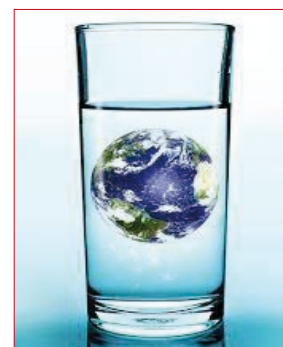
In Sachen Fasanweg kann leider nichts mehr geändert werden. Aber es geht um die Zukunft. Wir meinen künftig sollte darauf geachtet werden, dass mehr auf die Bedürfnisse der Nachbarn von Industrie- und Gewerbegebieten Rücksicht genommen wird.

Viele Menschen haben ihre ganze Energie und alle finanziellen Mittel in die Schaffung eines Eigenheims gesteckt. Die meisten arbeitenden Menschen haben nicht die Kraft und die finanziellen Mittel für einem Neubeginn, sollte sich ihr Lebensumfeld dramatisch verschlechtern. Zumal Haus und Grundstück ja auch entwertet werden.

Die Gemeinde hat die Aufgabe Menschen zu schützen. Zum Beispiel würde die Ausweisung eines Schutzstreifens zwischen Wohn- und Industrie- und Gewerbegebiet die Situation entschärfen. Ein zentrales Industriegebiet, wie von uns am ATB-Gelände gefordert, würde auch hier Abhilfe schaffen und den Wildwuchs im ganzen Gebiet von Spielberg beenden.

Wasser ist Leben - Trinkbrunnen errichten!

Wir wurden darauf aufmerksam gemacht, dass es in unserer Region - vor allem im Gelände - schwer ist an Trinkwasser zu kommen. **KPÖ-GR Petra Lorberau** hat im Gemeinderat angeregt die Gemeinde solle prüfen wo es möglich wäre öffentliche Trinkbrunnen zu errichten.



In Zeiten des Klimawandels mit der steigenden Anzahl von Hitzetagen ist die Versorgung mit Trinkwasser besonders wichtig, besonders für SportlerInnen, ältere Menschen und Kinder. In Knittelfeld gibt es 11 Trinkwasserbrunnen, vorwiegend bei den Kinderspielflächen. Das Angebot in Spielberg ist wesentlich geringer. Leider wurde unsere Anregung beim Spielplatz in der Nähe der Hauptschule einen Trinkbrunnen zu errichten noch immer nicht umgesetzt.

Problematisch ist auch die Versorgung im Freiland. Hier wären Trinkbrunnen, z.B. an den Ausgangspunkten von Wanderungen, sehr hilfreich. Wir haben auch in den Gemeinderäten von Knittelfeld und Zeltweg auf dieses Problem hingewiesen. Die Gemeinden sind auch im Wasserverband vertreten. Wasser ist Leben - mit gutem Willen lässt sich sicher eine Lösung finden. Wichtig ist, dass die Bevölkerung über neue – und auch bestehende Trinkbrunnen – gut informiert wird.

Buchhandlung in Knittelfeld

Steinberger Hof

Kirchengasse 6

Telefon 03512 71 374

www.steinbergerhof.at

Gesperrter Weg

Wir wurden darüber informiert, dass der Zugang zur Mur im Bereich Überfuhrweg in Lind von den Grundbesitzern gesperrt worden sei. Wir haben mit dem Bürgermeister darüber gesprochen. Er erklärte, dass der Zugang rechtlich gesichert wäre. Allerdings sei das Verhalten einiger HundebesitzerInnen der Anlass für die Konflikte.



Wir haben die Sperre auch im Gemeinderat angesprochen. Der Bürgermeister berichtete von Problemen mit HundebesitzerInnen. Wir haben vorgeschlagen, dass die Gemeinde Aufklärungsarbeit betreiben soll. So hat die Gemeinde Knittelfeld eine Infoveranstaltung für Hundebesitzer durchgeführt, die sehr positiv aufgenommen wurde. Der Bürgermeister erklärte in der nächsten Gemeindezeitung werde es einen Artikel geben. Die Idee einer Veranstaltung wurde leider nicht aufgegriffen.

Strahlenbelastung überprüft



Der Bürgermeister berichtete, dass die Strahlenbelastung in Lind gemessen wurde. Die gemessenen Werte würden weit unter den gesetzlichen Höchstwerten liegen.

Wir haben nachgefragt, ob der neue Sendemast zum Zeitpunkt der Messung in Betrieb gewesen sei. Der Bürgermeister erklärte 5G sei noch nicht in Betrieb. Wir meinen die Messung ist besonders wichtig wenn der Sendemast in Vollbetrieb ist.

Verlegter Weg

Im Bereich des Enzinger-Badeteichs wurde ein Spazierweg verschüttet. Wir haben uns erkundigt.



Der Bürgermeister erklärte, dass dem Grundbesitzer die Aufforstung eines Geländestreifens hin zum Bahndamm vorgeschrieben worden sei. Auf diesem Teilstück lief der frühere Weg. Er wird verlegt, aber keinesfalls aufgelassen.

Ausreichende Parkmöglichkeiten schaffen!

Viele Konflikte mit GrundstücksbesitzerInnen rühren auch daher, dass an den Ausgangspunkten von Freizeitaktivitäten oft keine, oder zu wenig Parkmöglichkeiten vorhanden sind.

Es wäre Aufgabe der öffentlichen Hand durch Pacht oder Ankauf von Grundstücken Abhilfe zu schaffen. Damit wäre der Bevölkerung und den Grundeigentümern gedient. So haben dieses Anliegen schon mehrmals in den Gemeinderat eingebracht.

Liebe Spielbergerinnen und Spielberger!

Für Respekt vor der Natur und gegenseitiges Verständnis!

Nachdem das Leben oft immer hektischer wird suchen immer mehr Menschen Erholung in der Natur. Dieser Trend hat sich während des Corona-Lockdowns noch verstärkt. Je mehr Menschen in die Natur strömen, desto mehr Konflikte mit Jägern und Landwirten sind möglich.



Das steigende Bedürfnis nach Natur trifft auf verstärkte Bestrebungen den Zugang zu erschweren. Wege werden gesperrt, für Parkplätze oder Wegbenutzung werden Gebühren eingehoben. Es gibt den Trend zum „Eintrittsgeld“ in die Natur, zur Kommerzialisierung des Naturerlebnisses.

Auch vom Ankauf großen Naturflächen durch reiche Menschen wird immer öfter berichtet. Die wollen dann ihren „Besitz“ in Ruhe genießen und suchen nach Möglichkeiten der Allgemeinheit den Zugang zu verwehren.

Rechtlich gesehen ist der Zugang zum Wald zu Erholungszwecken jedem Menschen gestattet. Markierte Wege können immer benutzt werden. Auch die Benützung von nicht markierten Wegen ist ein ersessenes Recht. Es erlischt erst wenn der Weg mehrere Jahre hindurch nicht mehr genutzt wird. Der freie Zugang zum Wald und die Wegfreiheit ist ein wichtiges Recht, dass gegen jegliche Angriffe verteidigt werden muss.

Dieses Recht ist aber kein Freibrief zu rücksichtslosem Verhalten. HundebesitzerInnen, die es zulassen, dass ihre Hunde Tiere jagen oder Wiesenflächen verunreinigen, wildes Parken, das Zufahrten versperrt und andere behindert, Müll in der Natur, Zerstörung von Pflanzen oder das Stören des Wildes sind nicht akzeptabel und sollen auch geahndet werden.

Naturschonendes Verhalten und Respekt vor der Natur, gegenseitiges Verständnis von LandwirtInnen, JägerInnen und NaturliebhaberInnen ist die beste Basis um die Erholung in der Natur für alle zu sichern. Wesentlich ist auch das Bestreben keine Naturflächen zu verkaufen, sondern den Anteil der öffentlichen Hand ständig auszuweiten. Denn nur dort wird der Naturbesitz demokratisch verwaltet meint Ihr...

**...KPÖ-Gemeinderat Erich Wilding
E-Mail: erich.wilding@hotmail.com**

Enorme Lärmbelastung – Leider ein Dauerthema

Spielberg und das ganze Aichfeld sind durch Eurofighter, Autobahn, Eisenbahn und Red-Bull-Ring besonders von Lärm geplagt. Dies führt zu einer Beeinträchtigung der Gesundheit, zu einer Belastung der Umwelt und einer signifikanten Einschränkung von Wohlbefinden und Lebensqualität. Es müssen Wege gefunden um hier für Verbesserungen zu sorgen.

Die KPÖ hat das schon oft zum Thema gemacht. In der letzten Gemeinderatssitzung haben wir dazu Anträge eingebracht.

Lärmreduzierung am Red-Bull-Ring

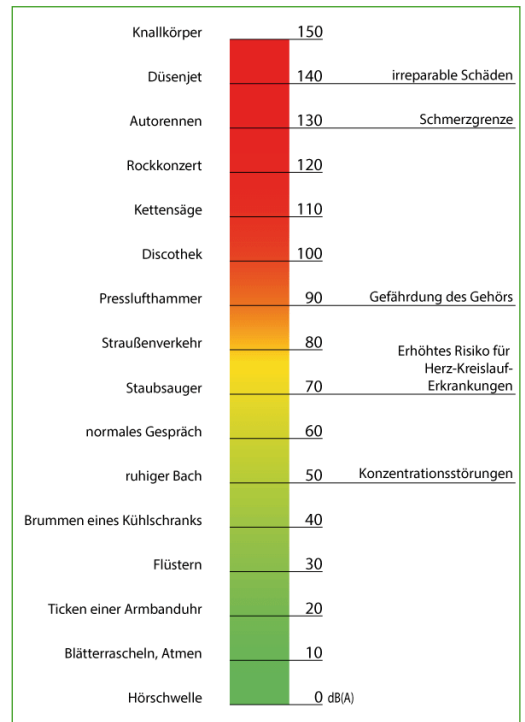
Der Gemeinderat beauftragt den Bürgermeister mit dem Red-Bull-Ring-Betreiber über eine Lärmreduzierung mit dem Ziel:

1. In den angrenzenden Wohngebieten die Richtwerte für allgemeines Wohngebiet von 55 dB am Tag (06:00 bis 19:00 Uhr) einzuhalten.

2. Lärmbelastungen die über 55 dB am Tag liegen auf drei Tage pro Woche in höchstens 10 Wochen pro Jahr zu beschränken.

3. Schallpegelspitzen über 80 dB in den Wohngebieten grundsätzlich zu vermeiden, in Verhandlung zu treten.

Der Bürgermeister erklärte, in der Umweltverträglichkeitsprüfung sei dem Betrieb des Red-Bull-Rings ein bestimmtes Lärmkontingent zugesprochen worden. Das wurde von den Betreibern nie überschritten. Deshalb gäbe es hier auch keine Handlungsmöglichkeiten der Gemeinde. Der Antrag wurde von SPÖ und ÖVP abgelehnt.



Lärm ist eine Gefahr für die Gesundheit

Nachtruhe bei Campingplätzen und Festzelten

In den vergangenen Jahren wurden bei Veranstaltungen bis in die frühen Morgenstunden Lärmwerte jenseits der Zumutbarkeit erreicht. BürgerInnen wurden um ihre Nachtruhe gebracht. Es wurde in keiner Art und Weise der „Lärmschutzverordnung für Freiluftveranstaltungen“ des Bundes entsprochen.

Bei Genehmigungen und Verordnungen im eigenen Wirkungsbereich der Gemeinde sollten die gesundheitlichen Auswirkungen von Lärm auf die BewohnerInnen höher bewertet werden als wirtschaftliche Interessen. Deshalb haben wir den Antrag gestellt:

Der Gemeinderat möge den Bürgermeister beauftragen bei Großveranstaltungen rund um den Red-Bull-Ring die Nachtruhe für Festzelte, Campingplätze und

Freiluftveranstaltungen auf 22:00 Uhr festzulegen beziehungsweise als Mindestmaß auf die Einhaltung der Lärmschutzverordnung für Freiluftveranstaltungen zu achten.

Der Antrag wurde von SPÖ und ÖVP abgelehnt. Der Bürgermeister erklärte, die Gemeinde erlasse sogar strengere Auflagen als es die Richtlinie des Bundes empfiehlt. Es sei Sache des Betreibers sich an die Auflagen zu halten. Wenn dies nicht der Fall sei ist die Polizei zuständig.

Damit wird das Problem auf die BürgerInnen abgeschoben. Die müssen über Anzeigen versuchen zu ihrem Recht - beziehungsweise zu ihrem Schlaf - zu kommen. Eine völlig unbefriedigende Situation.



Erich Wilding **Petra Lorberau**

Wir wünschen allen Spielbergerinnen und Spielbergern einen schönen, erholsamen und sorgenfreien Sommer!



Ihre KPÖ-GemeinderätInnen und die KPÖ-Spielberg

Interview mit Gemeinderat Erich Wilding: „Der Lärm ist oft unzumutbar, es braucht Verbesserungen!“

In der letzten Gemeinderatssitzung hat die KPÖ drei Anträge zum Thema Lärm gestellt. Warum ist das gerade so aktuell?

Nach der Coronakrise tritt das Lärmproblem wieder in den Vordergrund. Am Ring herrscht Normalbetrieb, es gab bereits eine Reihe von Veranstaltungen. Auch der Flugbetrieb war in der Lockdownzeit teilweise eingeschränkt. Die Bevölkerung konnte erfahren wie lebenswert unsere Region mit einer verringerten Lärmbelastung ist.

Was waren die Themen der Anträge?

Die Grundlage der Anträge war ein Positionspapier der KPÖ, das in einem Meinungsaustausch mit einer Vertreterin von Red-Bull, dem Bürgermeister und dem Stadtamtsdirektor überreicht wurde. Ein Antrag fordert, dass der Bürgermeister in Verhandlungen mit Red-Bull treten soll um eine Reduktion einer der Hauptlärmquellen zu erreichen.

Warum ist das notwendig?

In dem erwähnten Gespräch habe ich die Vertreterin von Red-Bull, da sie den Betrieb am besten kennt, ersucht Vorschläge zu unterbreiten um die Situation zu verbessern. Ich erhielt zur Antwort, dass Red-Bull das zugesprochene Jahreslärmkontingent immer eingehalten habe. Da dies der Fall sei, seien keine zusätzliche Maßnahmen geplant. Das ist uns zuwenig. Denn wir erleben eine Lärmsituation die oft nicht zumutbar ist, also braucht es Verbesserungen.

In welche Richtung gehen die anderen Anträge?

Da für 2022 wieder eine Airpower im Gespräch ist, haben wir diesmal frühzeitig reagiert und beantragt, dass sich der Gemeinderat dagegen aussprechen soll. Gerade in Zeiten, in denen man Überlegungen anstellt die kleinen Leute für die Klimakrise zur Kasse zu bitten, ist diese Veranstaltung besonders falsch.

Und der letzte Antrag?

Er bezieht sich auf das Umfeld von Großveranstaltungen, Lärm durch Festzelte und Campingplätze. Oft wurde über mehrere Tage, auch unter der Woche, bis in die frühen Morgenstunden mit großer Lautstärke Musik gespielt und gefeiert. Für die Bevölkerung, die einerseits ihrer Arbeit nachgehen muss, bzw. für Menschen die Erholung brauchen, ist das teils unerträglich.

Was wäre im Bezug auf Veranstaltungen zu tun?

Es gibt eine Lärmrichtlinie für Freiluftveranstaltungen. Diese sollte eingehalten werden. Der Bürgermeister lehnte unseren Antrag mit dem Hinweis ab, dass die Gemeinde strengere Auflagen als in den Richtlinien vorschreibt. Daraufhin habe ich mich bei der Stadtamtsdirektion erkundigt welche messbaren Grenzwerte für diese Bescheide vorgesehen sind. Ich erhielt nur die Information, dass die Betreiber aufgefordert sind den Lärm ab 22 Uhr zu reduzieren. Diese Aussage ist unbefriedigend, da Grenzwerte festgelegt werden müssten auf welche Lautstärke zu reduzieren ist.

Wieso ist es für BürgerInnen so schwierig zu ihrem Recht zu kommen und was gäbe es für eine Lösung?

Für Festzelte bis 1.000 Besucher ist die Gemeinde, darüber die BH zuständig. Für Betroffene ist es schwierig zu ermitteln welche Behörde der richtige Ansprechpartner ist. Schwierig ist es auch Übertretungen zu beweisen, da nur geeichte und professionell betriebene Messgeräte Beweiskraft haben. Das käme sehr teuer und ist für die Betroffenen im Anlaßfall nicht zu bewerkstelligen. Daher braucht es eine Beweislastumkehr und ständige Lärmmessungen durch die Behörde, so wie auch die Einhaltung von Geschwindigkeiten kontrolliert wird.

ÖVP und SPÖ haben die Anträge abgewiesen. Die FPÖ war für die Sitzung entschuldigt. Wie stehen diese Parteien zur Thematik?

Vor der Gemeinderatswahl haben alle Parteien das Thema Lärm für sich entdeckt. Unter anderem gab es ein Gespräch der Bürgermeister mit dem Kommando des Fliegerhorsts. Nach der Wahl werden diese Anliegen oft als Einzelereignisse aus dem Zusammenhang der ganzen Lärmproblematik gerissen. Mit dem Hinweis, es gäbe nur begrenzte Zeiten mit Überschallflügen oder nur einige Großveranstaltungen.

Aber es sind nicht nur ein paar Tage im Jahr, es gibt ständig Übungsflüge, es gibt außerhalb der Veranstaltungen diverse Tests und den Regelbetrieb am Ring, die oft tagelang große Lärmbelastung bringen. Dazu kommen noch die Autobahn und die Eisenbahn. Leider habe ich von den anderen Fraktionen keine konkreten Vorschläge gehört. Das Einzige das man vernimmt ist, dass die BewohnerInnen ersucht werden die Belastung in Kauf zu nehmen - im Interesse von Wirtschaft und Arbeitsplätzen.

Sind Arbeitsplätze nicht wichtig?

Mit der Keule der Arbeitsplätze werden Menschen dazu gebracht zu resignieren und auch unzumutbare Lärmbedingungen hinzunehmen. Aber Lärm und Arbeitsplätze sind zwei verschiedene paar Schuhe. Die Reduzierung von Lärm muss keinen einzigen Arbeitsplatz kosten. Im Gegenteil man könnte dabei mit intelligenten und innovativen Lösungen sogar noch Arbeitsplätze schaffen.

Wie geht es weiter?

Lärm ist eine Gefahr für die Gesundheit. Er beschränkt die Lebensqualität und ist eine Form von Umweltverschmutzung. Darum werden wir das weiterhin zum Thema machen und auf Verbesserungen drängen. Umso mehr Menschen sich nicht einfach mit der Lärmbelastung abfinden wollen, umso höher sind die Chancen etwas zu erreichen.



Antrag der KPÖ zur Airpower von SPÖ und ÖVP abgelehnt

Die Klimakrise macht die Airpower noch absurder!

Es wurde bereits darüber spekuliert, ob es im nächsten Jahr eine Airpower geben wird. Gerade in Zeiten wie diesen halten wir schon den Gedanken für absurd. Die KPÖ hat deshalb den Antrag gestellt, der Gemeinderat der Stadt Spielberg solle das Verteidigungsministerium aus finanz-, umwelt-, energie- und friedenspolitischen Überlegungen auffordern keine Airpower mehr abzuhalten.

Der Gemeinderat solle zudem fordern, die dadurch eingesparten Mittel den Aichfeldgemeinden für Klimaschutzprojekte und gewaltfreie friedenserzieherische Maßnahmen an Schulen zur Verfügung zu stellen. Dem Antrag wurde keine Dringlichkeit zuerkannt. Er kam daher nicht einmal auf die Tagesordnung.

Es gibt sehr viele Gründe keine Airpower mehr abzuhalten

Die Coronakrise stellt Bund, Land, Gemeinden und auch viele Menschen vor finanzielle Probleme. Es wäre unverantwortlich für eine Airpower Millionen an Steuergeldern für diese Präsentation von Waffen zu verschleudern.



Wir müssen in Zeiten der Klimakrise mit Energie verantwortungsbewusst umgehen. Es braucht viele Maßnahmen um die Klimaziele zu erreichen. Die Vergeudung fossiler Energie für die Präsentation von Kriegsgerät steht dazu im krassen Widerspruch. Bei der Airpower werden durch den Flugbetrieb und die Anreise enorme Mengen an Treibstoff verbraucht und die Umwelt belastet.

Die öffentliche Hand muss eine Vorbildwirkung für sinnvolle Energienutzung haben. Wenn eine solche energieintensive Veranstaltung mit Steuergeldern finanziert wird, wird

den BürgerInnen signalisiert, dass Klimaschutz in Wirklichkeit keine Rolle spielt. Gleichzeitig verlangt man von den BürgerInnen im privaten Bereich umzudenken.



Wie kann von den Menschen ein Bewusstsein in Sachen Klimaschutz erwartet werden, wenn die öffentliche Hand die energieintensive und umweltschädigende Airpower fördert? Es ist klar, dass die Absage der Airpower nicht das Klima retten wird, es geht vor allem um die Signalwirkung einer solchen Veranstaltung.

Genau mit dieser Art von Flugzeugen, wie sie auch bei der Airpower präsentiert werden, werden auch in diesen Tagen Menschen getötet. Kampfflugzeuge sind Waffen, die gebaut und entwickelt wurden um Kriegseinsätze zu fliegen und Menschen zu töten. Die Faszination die von einer Flugshow ausgeht wird dazu genutzt den Einsatz und die Wirkungsweise dieser Waffen verharmlosend und auf technische Details reduziert darzustellen.



Die Abhaltung von Flugshows bedeutet auch eine Gefährdung der Bevölkerung. Es hat bereits mehrfach Unfälle – auch mit Todesopfern – gegeben. Deshalb sind derartige Flugshows in einigen Ländern sogar verboten.

Unsere Region, besonders Knittelfeld, aber auch Zeltweg waren im 2. Weltkrieg zerstörerischen Bombenangriffen ausgesetzt. Bombenflugzeuge haben viel Leid über unsere Bevölkerung gebracht. Deshalb brauchen wir eine aktive und gewaltfreie Neutralitätspolitik, die uns wieder Ansehen in der Welt bringt, und keine Demonstration todbringender Waffengattungen.

Der Bürgermeister erkläre, er sei der Meinung das Geld für die Airpower könne für sinnvolleres verwendet werden. Aber solange nicht klar sei, ob es eine Airpower gibt, sei es zu früh sich dagegen auszusprechen. Außerdem wolle er keinen Alleingang von Spielberg. Die ÖVP erklärte man wolle der Gemeinde Zeltweg nicht vorschreiben welche Veranstaltungen abgehalten werden. - Allerdings, die Gemeinde Zeltweg ist gar nicht Veranstalter der Airpower.

Wir hatten gehofft es würde endlich ein Umdenken geben. Wenn sich der Spielberger Gemeinderat gegen die Airpower ausspräche, wäre das ein starkes Signal. Je mehr Stimmen sich erheben, desto größer die Chance, dass die Airpower nicht abgehalten wird. Leider wurden wir enttäuscht.

Als wir diesen Antrag zur Airpower in den vergangenen Jahren gestellt haben, wurde er mit der Begründung abgelehnt es sei zu spät. Alle Planungen seien schon am Laufen. Nun heißt es sei zu früh weil noch nichts geplant sei.

Für uns sind das lediglich Ausreden. Wenn man die Airpower kritisch sieht, dann sollte man den Mut haben das laut und offen auszusprechen.

Arbeitslosengeld: 55% vom letzten Einkommen sind zum Leben viel zu wenig! Volksbegehren zur Erhöhung unterstützen!

Derzeit befindet sich ein Volksbegehren in der Einleitungsphase, das die Erhöhung des Arbeitslosengeldes fordert. Derzeit liegt die Nettoersatzrate, also der Anteil vom letzten Lohn, der ausbezahlt wird bei 55%. Das ist viel zu wenig.

Die Corona-Krise hat mit aller Deutlichkeit gezeigt: Es kann jeden und jede treffen. Die Arbeitslosigkeit ist auf ein Rekordniveau gestiegen. Arbeit zu finden war im vergangenen Jahr fast unmöglich. Nun verbessert sich die Situation. Aber im Juni waren österreichweit immer noch 289.000 Menschen ohne Arbeit. Dem gegenüber gab es nur rund 109.000 offene Stellen.

Armutsfalle

Egal wieviele Menschen betroffen sind, wer arbeitslos ist wird schnell von Armut bedroht. Oft bleibt vom Arbeitslosengeld nach Abzug der Fixkosten nichts mehr übrig, Ersparnisse sind schnell aufgebraucht. 36% der Arbeitslosen sind akut von Armut bedroht.

Nun fordert Arbeitsminister Martin Kocher noch mehr Sanktionen für Arbeitslose. So soll künftig das gesamte Monatsgeld gestrichen werden können wenn ein Jobangebot ausgeschlagen wird. Wie die Menschen dann ihre Miete und ihre Lebenshaltungskosten bezahlen sollen sagt der Minister, der im Monat rund 18.000 Euro brutto verdient, nicht.

Solche Forderungen dienen dazu die Menschen zu spalten. Es wird bewusst der Eindruck vermittelt viele der Arbeitslosen wollten gar nicht arbeiten. Anstatt Arbeitsplätze mit fairer Bezahlung werden Feindbilder geschaffen. Dabei belegen unzählige Studien, dass Arbeitslosigkeit eine schwere psychische Belastung ist. Zukunftsängste und das Gefühl nichts mehr wert zu sein quälen viele.

Höheres Arbeitslosengeld ist gut für Alle
Durch ein niedriges Arbeitslosengeld und Sanktionen werden Menschen gezwungen auch sehr schlecht bezahlte Arbeit anzunehmen. Das freut natürlich ☞

Neues Radfahrkonzept



Um das Radfahren zu fördern wurde für das Murtal und Murau ein Radfahrkonzept entwickelt. Maßnahmen um 25 Mio. Euro sollen umgesetzt werden. Der Kostenanteil unserer Gemeinde soll eine Mio. Euro betragen. Man hofft auf eine 60%ige Förderung dieser Summe durch das Land.

Zweifellos ist es gut den Radfahrverkehr zu fördern. Wichtig ist, dass für die Radwege ausreichend Raum eingeplant wird und diese auch sicher sind. Derzeit sind viele Radwege nur bedingt geeignet. So sind z.B. das Enden der Radwege vor Kreuzungen, der häufige Fahrbahnwechsel und die gemeinsame Nutzung durch FußgängerInnen und RadfahrerInnen eine ständige Gefahrenquelle.

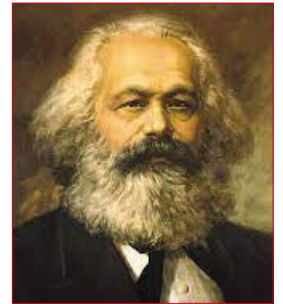
☞ die Unternehmer, die möglichst wenig bezahlen wollen. Der Niedriglohnsektor wächst. Ein höheres Arbeitslosengeld erlaubt es Arbeitslosen hingegen nach einer passenden Stelle zu suchen.

Das stärkt auch die Verhandlungsposition aller arbeitenden Menschen, die nicht ständig befürchten müssen durch billigere Arbeitskräfte ersetzt zu werden. Ein höheres Arbeitslosengeld ist also für alle wichtig. Nicht nur weil es jeden und jede treffen kann, sondern weil ein niedriges Arbeitslosengeld auch zu niedrigeren Löhnen führt.

Auf Initiative der KPÖ hat der Gemeinderat vor mehreren Monaten einstimmig eine Resolution mit der Forderung nach Anhebung des Arbeitslosengeldes beschlossen. Das Volksbegehren kann am Gemeindeamt oder Online unterzeichnet werden.

„Es muss doch etwas
faul sein im Innersten
einer Gesellschaft,
die ihren Reichtum
vermehrt, ohne ihr
Elend zu verringern.“

Karl Marx



.....

Kinderkrippe: Günstige Tarife sind notwendig!



Ab September wird es eine Kinderkrippe geben. Das ist ein wichtiger Schritt zum Ausbau der Kinderbetreuung. Leider wird die Krippe nicht von der Gemeinde selbst, sondern von der Volkshilfe betrieben. Diese Entwicklung hin zu privaten Betreibern sieht die KPÖ kritisch.

Um Aufträge zu bekommen müssen die Vereine miteinander konkurrieren und sich gegenseitig unterbieten. Das kann zu schlechteren Bedingungen für Personal und Kinder führen.

Auch die Elternbeiträge wurden beschlossen. Diese belaufen sich auf monatlich 265 Euro für Halbtags- und 295 Euro für die Ganztagsbetreuung. Dieser Betrag ist sehr hoch und im Gegensatz zu Kindergärten gibt es bei Kinderkrippen keine Sozialstaffel des Landes.

Zum Vergleich: In Bruck an der Mur, wo die Kinderkrippe ebenfalls von der Volkshilfe betrieben wird, liegen die Beiträge bei 225 und 275 Euro. Die SPÖ hat beantragt im Sozialausschuss eine Staffelung auszuarbeiten. Das ist sehr zu begrüßen. Familien mit weniger Einkommen müssen entlastet werden. Aber schon der Ausgangsbetrag ist zu hoch und sollte noch einmal überdacht werden.

KPÖ hilft Müttern mit Kindern

Die KPÖ springt ein, wo das Land nicht handeln will

In den Bezirken Murtal und Murau gab es lange nur einen Frauenarzt mit Kassenvertrag - und das für ca. 50.000 Frauen. Frauen waren gezwungen auch die gesetzlich vorgeschriebenen Mutter-Kind-Pass-Untersuchungen bei WahlärztInnen durchführen zu müssen. Eine enorme finanzielle Belastung, da die Krankenkasse nur einen Teilbetrag rückerstattet hat.

2.300 Euro haben. Alles darüber hinaus kommt in den KPÖ-Sozialfonds, daraus werden nun die Hilfsgelder entnommen.

LKH-Projekt nur bis Ende 2021

Die Versorgungssituation hat sich derzeit entspannt, da in Murau eine Frauenarztordination eröffnet wurde. Außerdem wurde am LKH Judenburg ein Projekt gestartet, bei dem Spitalsärzte im Krankenhaus eine Praxis für Gynäkologie und Geburtshilfe betreiben.

Das Projekt läuft bis Ende dieses Jahres. Die Ärztekammer hat das Modell kritisiert. Die Fortführung ist nicht gesichert. Frau Klemmer und die KPÖ fordern dringend die Fortsetzung, solange es nicht genügend Kassenpraxen gibt. Ohne die LKH-Praxis beginnen die Probleme der Frauen von neuem.



KPÖ-Bezirkssekretär Josef Meszlenyi, KPÖ-StR. Renate Pacher, KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler, Carina Klemmer.

Die Fohnsdorferin Carina Klemmer wollte das nicht hinnehmen. Sie hat mit enormem Engagement eine Petition an den Landtag ins Leben gerufen, die einen Unterstützungsfonds gefordert hat. Die Petition haben fast 3.500 Menschen unterschrieben. Trotz dieses Einsatzes und der schwerwiegenden Problematik weigerte sich das Land einen solchen Fonds einzurichten. Deshalb ist die KPÖ jetzt aktiv geworden.

Die KPÖ hat nun einen „Mutter-Kind-Unterstützungsfonds“ ins Leben gerufen und diesen in einer Pressekonferenz, zusammen mit Frau Klemmer, vorgestellt. Frau Klemmer schilderte dort, dass sie mit ihrem Anliegen mit Gesundheitslandesrätin Juliane Bogner Strauß in Kontakt war, aber immer nur zu hören bekam, dass man nicht zuständig sei.

KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler stellt jetzt 30.000 Euro zur Verfügung. Das ist möglich, da KPÖ-PolitikerInnen eine Einkommensgrenze von

Der Unterstützungsfonds

Frauen, die von 1.1.2019 bis 6.1.2020 Wahlarztekosten für den Mutter-Kind-Pass hatten, können eine Unterstützung von maximal 200 € beantragen.

Einkommensgrenzen

Einpersonenhaushalt: € 1208, bei zwei Erwachsenen: € 1812, die Grenze erhöht sich pro Kind um € 403.

Anträge

www.kpoe-steiermark.at

oder in der **KPÖ-Bezirksleitung in Knittelfeld**, bei **Bezirkssekretär Josef Meszlenyi** (knittelfeld@kpoe-steiermark.at oder 03512/82240) melden.

Sprechstunde mit Sozialberatung

**KPÖ-GR Josef Meszlenyi
und DSA Karin Gruber**

Mittwoch, 28. Juli

KPÖ-Parteiheim in Knittelfeld
Friedensstraße 10, 9.30 bis 11.30 Uhr,
Vorankündigung: 03512/ 82240

Wohnung zu vermieten



**Hochhaus, Sandgasse 8
Knittelfeld**

**3 Zimmer, ca. 70 m²
& Kellerabteil
Monatsmiete ca. € 530,-
(inkl. BK und HK)**

**Kontakt:
0676/7996811**